

URL: <http://www.swp.de/2038221>

Autor: SWP, 06.06.2013

China prüft Strafzoll auf Wein

PEKING/BRÜSSEL: Nach den EU-Strafzöllen gegen Chinas Solarprodukte geht das Säbelrasseln weiter. Die Regierung in Peking antwortet mit einem Dumping-Verfahren gegen Wein aus der EU. Deutschland pocht auf Verhandlungen.



Eine Weinmesse in Peking: Das Reich der Mitte importierte im vergangenen Jahr 290 Mio. Liter Wein. Den können sich nur wohlhabende Chinesen leisten, weil auf ihn schon bisher eine Luxussteuer von 80 Prozent fällig wird. Foto: Imago

Der Handelsstreit zwischen China und der Europäischen Union eskaliert. Nachdem die EU Strafzölle auf chinesische Solarmodule ankündigte, gab Peking gestern Dumping-Ermittlungen gegen europäische Weine bekannt. Das chinesische Handelsministerium verurteilte zugleich die Strafmaßnahmen der EU.

Brüssel wehrte sich gegen die Vorwürfe aus Peking. "Wir glauben, dass es kein Dumping bei europäischen Weinen auf dem chinesischen Markt gibt", sagte der Sprecher von EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloș in Brüssel.

Frankreichs Präsident François Hollande forderte unterdessen ein Extratreffen der 27 EU-Mitgliedsstaaten. In Fragen der Handelsgespräche sei ein Zusammenhalt der EU-Staaten notwendig, die "mit einer Stimme" sprechen müssten.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte dazu, die Staaten könnten natürlich über Handelspolitik beraten. "Gleichzeitig muss die EU-Kommission die Entscheidungen treffen, die unter ihre sehr, sehr klare rechtliche Verantwortung fallen", betonte Barroso. Die EU-Behörde kann eigenständig über vorläufige Strafzölle entscheiden.

Experten warnen derweil vor einem gefährlichen Kräfteessen. "China hat mehr in der Hinterhand, als die EU denkt", sagt Wirtschaftsprofessor Huang Weiping von der Volksuniversität in Peking. Zum Beispiel könne die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt mit seinen Airbus-Bestellungen Druck ausüben. Ein Staatsunternehmen hatte im April eine Absichtserklärung zum Kauf von 60 Airbus-Flugzeugen unterschrieben.

Brüssel und Peking ermitteln gegenseitig seit geraumer Zeit wegen Dumpingverdachts. Sie werfen sich Billigverkäufe zu nicht kostendeckenden Preisen vor. Die Liste der umstrittenen Branchen ist lang. Neben Solar ermittelte die EU-Kommission auch gegen chinesischen Netzwerkausrüster und Telekommunikationsunternehmen. China hat seinerseits Verfahren gegen Dumping beim Import legierter Stahlrohre und spezieller Chemieprodukte eingeleitet. Mit der Dumping-Untersuchung gegen EU-Weine macht das Handelsministerium die Liste um einen Punkt länger.

Auch Wirtschaftsprofessor Liu Yuanchun von der Volksuniversität in Peking wertet das Vorgehen der EU-Kommission als riskante Taktik. "Die EU möchte damit ihre Verhandlungsposition stärken", sagt er. China verfolge mit den Ermittlungen zu Wein das gleiche Ziel. Es gebe aber auch Zeichen gegen eine weitere Eskalation. "Die europäische Wirtschaft ist im Moment schwach. Ein Handelskrieg wäre nicht hilfreich für Europa", sagt Liu Yuanchun. "Ich denke, dass derzeit beide Seiten nicht das Risiko eines Handelskriegs eingehen können."

Die Regierung in China verfolgt genau, wie umstritten der Kurs der EU-Kommission in Brüssel ist. Offiziell pocht die Superbehörde auf ihre Macht und Kompetenzen in dem Konflikt - auch gegen den Widerstand der Mitgliedsstaaten. Die Strafmaßnahmen sind wegen des Widerstands Deutschlands und 17 weiterer EU-Staaten

politisch äußerst umstritten.

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hat die Strafzölle als "schweren Fehler" kritisiert. Ein Handelskrieg würde noch weitere Branchen in Mitleidenschaft ziehen. Das müsse verhindert werden.

Mit Solar hat die EU eine Branche in China getroffen, der es selbst derzeit nicht gut geht. Die Initiative "EU ProSun" hatte als Sprachrohr der Firmen aus Europa der chinesischen Konkurrenz unfaire Hilfen vom Staat unterstellt. Die US-Forscher Usha Haley und George Haley hatten zwar chinesische Subventionen für die Branchen in einer Studie bestätigt. Aber die Regierung habe die Hilfen massiv zurückgefahren. Nun drohe vielen Firmen eine Pleite. Huang Weiping resümiert: "Wegen den Schwierigkeiten der Branche in China, hat Peking die Entscheidung aus Brüssel besonders schwer getroffen."

Die EU hatte am Dienstag beschlossen, dass in den nächsten zwei Monaten vorläufige Strafzölle auf Einfuhren von chinesischen Billig-Solarmodulen und deren Komponenten von durchschnittlich 11,8 Prozent fällig werden. Am 6. August werde der Extrazoll dann auf die vollen 47,6 Prozent steigen. Wegen des hohen Marktwerts der Einfuhren von geschätzt 21 Mrd. EUR pro Jahr ist der Streitfall beispiellos.

[Wein aus Europa ist beliebt](#)

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung

Copyright by SÜDWEST PRESSE Online-Dienste GmbH - Frauenstrasse 77 - 89073 Ulm